



Neujahrsempfang 2019

Ansprache Dr. Tobias Benz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ihnen allen wünsche ich ein gesegnetes, gutes neues Jahr 2019! Mögen Ihre Wünsche, Hoffnungen und Vorsätze in Erfüllung gehen. Ich begrüße Sie alle herzlich zum traditionellen Neujahrsempfang unserer Gemeinde und freue mich, dass Sie zahlreich gekommen sind. Ein herzlicher Willkommensgruß gilt unseren Abgeordneten des Deutschen Bundestags, Armin Schuster und Gerhard Zickenheiner sowie der Landtagsabgeordneten und Hertener Ortsvorsteherin Sabine Hartmann-Müller. Aus den umliegenden Städte und Gemeinden begrüße ich den Rheinfelder Oberbürgermeister Klaus Eberhardt, Bürgermeister Marco Muchenberger aus Inzlingen, Riehens Gemeindepräsidenten Hansjörg Wilde, Bürgermeister Philipp Schmid aus Efringen-Kirchen sowie Bettingens Gemeindepräsidenten Patrick Götsch. Ich freue mich auch über die Anwesenheit unserer Kreisräte Annette Grether, Erich Hildebrand und Alexander Braun sowie von Paul Renz als Vertreter von Landrätin Marion Dammann. Besonders heiße ich auch unseren Ehrenbürger Dr. Richter sowie Altbürgermeister Hansjoachim Könsler willkommen. Ich begrüße ferner die Vertreter der Presse, der Kirchen, Schulen, von Industrie, Gewerbe sowie der Kreditinstitute!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im vergangenen November jährte sich das Ende des ersten Weltkriegs zum 100. Mal. Nur wenige Kilometer von hier entfernt, auf dem Hartmannsweilerkopf, dem Menschenfresser-Berg, tobte ein so erbitterter wie sinnloser Stellungskrieg mit 30.000 Toten und 60.000 Verletzten. Wo sich Nachbarn als erbitterte Feinde gegenüberstanden, im Herzen Europas, herrscht nun sei beinahe 74 Jahren ununterbrochen Frieden, es ist die längste Friedensperiode in der Neuzeit! Zu verdanken haben wir dies dem Friedensprojekt Europa und der glücklichen Entscheidung der Gründungsväter, auf den Trümmern des zweiten Weltkriegs das Haus des vereinigten Europas aufzubauen und die Hände zur Versöhnung zu reichen. Gerade im Dreiländereck profitieren wir in besonderem Maße von Europa. Trotz Friedens und wirtschaftlicher Prosperität steht Europa, stehen unsere freiheitlich-demokratischen Systeme insgesamt, vor großen Bewährungsproben. Europa befindet sich, kurz vor der Europawahl am 26. Mai, in der größten Krise seiner Geschichte, bedroht von Brexit, Populismus sowie einer ungelösten Staatsschulden- und Flüchtlingskrise.

Warum habe ich Europa als Einstieg meiner Rede gewählt? Weil ich denke, dass es wichtig ist, immer wieder und gerade auch in einem solchen Rahmen wie heute zu betonen, was Europa ganz konkret an Vorzügen für das tägliche Leben der Menschen bringt, trotz der sicher auch zutreffenden Kritikpunkte. Grenzüberschreitendes Leben, Studieren, Einkaufen und Arbeiten ist für uns im Dreiländereck selbstverständlich. Im Dezember 2018 konnten wir das zehnjährige Jubiläum unserer grenzüberschreitenden Buslinie 38 feiern. Doch ohne die Interreg-Förderung der Europäischen Union würde es das Projekt wahrscheinlich nicht geben. Unterstützt durch EU-Fördermittel wird in den kommenden beiden Jahren der östliche Teil des Rheinuferwegs aufgewertet. Es gäbe noch viele Beispiele anzuführen. Lassen Sie uns im Vorfeld der Europawahl für ein geeintes Europa der Menschen kämpfen. Die europäische Idee lohnt sich, sich für sie einzusetzen und Europa nicht den Populisten zu überlassen.

Damit Menschen Vertrauen in die Politik haben, muss sie, egal auf welcher Ebene, die Sorgen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, Lösungen entwickeln und diese auch umzusetzen. Wo dies nicht geschieht, schwindet das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik und am Ende auch in das politische System. Auf kommunaler Ebene sind Gemeinderäte und Bürgermeister jeden Tag mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger konfrontiert. Nirgendwo ist Politik näher an den Menschen, nirgendwo haben Entscheidungen unmittelbaren Einfluss auf den Lebensalltag. Auf einige ausgewählte, aktuelle Themenfelder, die uns in Grenzach-Wyhlen beschäftigen, möchte ich im Folgenden eingehen.

Eine der größten kommunalpolitischen Herausforderungen ist die Wohnraumversorgung. Unsere Gemeinde liegt im Herzen des Dreiländerecks und der Metropolregion Basel mit insgesamt 800.000 Menschen. Hier befindet sich Europas größtes Life-Science-Cluster, das auch global zur Spitzengruppe gehört. Die wirtschaftliche Entwicklung der Region verläuft seit Jahren sehr dynamisch. Damit eng verbunden ist ein steigender Bedarf an Fachkräften und durch den Zuzug eine hohe Nachfrage nach Wohnraum. Verstärkt wird diese Entwicklung durch den allgemeinen Trend zur Urbanisierung sowie die hohe Lebensqualität im Dreiländereck, das eine sogenannte „Schwarmregion“ mit hoher Anziehungskraft ist. Grenzach-Wyhlen kann sich von dieser Entwicklung nicht einfach abkoppeln, wir leben auf keiner Insel!

Die Gemeinde profitiert wirtschaftlich sehr von ihrer einzigartigen Lage im Dreiländereck. Wir spüren den starken Zuzug und den unverändert hohen Wohnungsbedarf in Form explodierender Mieten und Kaufpreise. Kaltmieten von 12 oder 13 Euro je Quadratmeter Wohnfläche und Kaufpreise von über 4.500 Euro je Quadratmeter für Wohnungen sind mittlerweile Realität. Es ist übrigens definitiv nicht der angeblich starke Zuzug von Schweizer Staatsbürgern, der Schuld daran ist, um einem Vorurteil entgegen zu treten. Wir haben alle Immobilienkäufe des Jahres 2017 ausgewertet: Gerade einmal drei Prozent davon wurden von Schweizer Staatsbürgern getätigt.

An der Preisexplosion hat auch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ihren Anteil, hauptsächlichlicher Preistreiber ist aber die hohe Nachfrage, die auf ein zu geringes Angebot trifft. Gemessen an dem Anteil des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens ist die Region Lörrach laut einer aktuellen Studie nach München die zweitteuerste Region Deutschlands! Für Geringverdiener und Transferempfänger wird es schwierig bis unmöglich, Wohnraum zu finden. Aber auch viele Durchschnittsverdiener können die hohen Mieten zunehmend nicht mehr bezahlen. Wohnen wird damit immer mehr zur neuen sozialen Frage! Eine dreistellige Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern steht bei der Gemeinde und der Baugenossenschaft auf den Wartelisten für bezahlbaren Wohnraum. Die Zahl der Fälle, die von akuter Obdachlosigkeit bedroht sind, nimmt dramatisch zu! Wenn Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune wegziehen müssen, da sie sich den Wohnraum vor Ort nicht mehr leisten können, wenn Kinder oder Enkelkinder, die nach der Ausbildung in ihre Heimatgemeinde zurückkehren möchte, kein adäquates Angebot vorfinden, ist dies meines Erachtens ein nicht hinzunehmender Zustand, der zum Handeln auffordert!

Die Wohnraumversorgung ist neben dieser sozialen Komponente auch ein wichtiger Standortfaktor. In mehreren regionalen Unternehmensumfragen, bei denen auch unsere örtlichen Betriebe einbezogen waren, wurden mit deutlichem Abstand drei zentrale Faktoren genannt: die Versorgung mit Breitband und qualifizierten Fachkräften, ganz besonders aber das Angebot an bezahlbarem Wohnraum, das wiederum Auswirkungen auf den Faktor Fachkräfte hat. Die Attraktivität und Sicherung unseres Wirtschaftsstandorts hängt unmittelbar mit einer ausreichenden Wohnraumversorgung zusammen. Wir dürfen nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen! Von der Entwicklung der Region können wir uns nicht abkoppeln, zumal sich die dynamische Entwicklung fortsetzen wird. Dies bestätigen alle Prognosen, die einzelnen Szenarien unterscheiden sich nur darin, wie stark die Migrationsbewegungen zukünftig ausfallen werden. Nach einer Studie der

Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee aus dem Jahr 2017 besteht im gesamten Landkreis Lörrach unter konservativen Annahmen bis 2035 ein Bedarf von rund zusätzlichen 15.500 Wohneinheiten. Für Grenzach-Wyhlen berechnet die Studie einen Wohnraumbedarf von 1.300 Wohneinheiten. Trifft eine hohe Nachfrage nach Wohnraum auf ein relativ knappes Angebot führt dies unweigerlich zu Preiserhöhungen.

Die gesetzliche Mietpreisbremse, auch wenn sie gut gemeint ist, ändert daran, auch in ihrer jüngst verschärften Form, nichts. Was einzig hilft, ist eine zielgerichtete, gesteuerte Ausweitung des Angebots an Wohnraum - und zwar in allen Segmenten. Natürlich können wir als Gemeinde Grenzach-Wyhlen nicht alleine das Wohnraumproblem des Dreilands lösen. Grenzach-Wyhlen erlebt seit einigen Jahren bereits Wachstum, die Einwohnerzahl hat mittlerweile nach unserem Melderegister die Zahl von 15.100 Einwohnern überschritten. Wir beobachten eine rege Bautätigkeit: Baulücken im Innenbereich werden geschlossen, alte, rechtskräftige Bebauungspläne nun umgesetzt und die in dem im Jahr 2013 genehmigten Flächennutzungsplan ausgewiesenen Entwicklungsflächen rücken in den Fokus. Im Mittelpunkt steht hierbei das neue Wohngebiet Kapellenbach-Ost, für das derzeit das Bebauungsverfahren läuft. Auf 15 Hektar Fläche sollen bis 2027 in drei Bauabschnitten 650 Wohneinheiten für rund 1.600 Menschen entstehen. Ich weiß, dass in unserer Gemeinde über dieses Projekt sehr intensiv diskutiert wird. Brauchen wir dieses Wachstum? Sollen wir überhaupt weiteres Wachstum zulassen? Verkräftet die Gemeinde die zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohner? In allen Schwarmregionen Deutschlands werden diese Fragen derzeit kontrovers diskutiert. Ich bin eingangs ausführlich auf die Probleme eingegangen, die mit dem Wohnraummangel verbunden sind. Für diese müssen wir vor Ort wirkungsvolle Lösungen finden. Nur mit Nachverdichtung im Innenbereich werden wir die Problematik nicht lösen! Hier gibt es meines Erachtens auch Grenzen. Wir können nicht beliebig in die Höhe gehen und innerorts sollte nicht jede Fläche bebaut werden, sondern es sind bewusst auch grüne Refugien zu belassen.

An der Entwicklung neuer Quartiere, wie etwa Kapellenbach-Ost, führt daher kein Weg vorbei. Welcher Effekt würde eintreten, wenn die Gemeinde ab sofort so restriktiv wie möglich mit der Ausweisung neuer Bauflächen umgehen würde? Die Antwort ist einfach: Unweigerlich würden Preise und Mieten weiter explodieren! Bevölkerungsschichten, die sich das nicht mehr leisten können, müssten wegziehen. Diejenigen würden bleiben bzw. zuziehen, für die das gestiegene Niveau noch finanzierbar ist. Das kann doch nicht ernsthaft gewünscht oder die Lösung sein, das wäre Gentrifizierung und soziale Segregation in Reinkultur! Leider haben diejenigen, die dringend Wohnraum suchen, bei der Diskussion über neue Wohnquartiere nur selten eine Stimme. Ich bin daher froh, dass bei uns alle Fraktionen im Gemeinderat der Entwicklung des neuen Wohngebiets Kapellenbach-Ost mit großer Mehrheit zugestimmt haben. Ist es nicht so, dass es sich aus der Perspektive eines Haus- oder Wohnungsbesitzers leicht sagen lässt: Wir brauchen keinen weiteren Zuzug in unserer Gemeinde? Oder dass vergessen wird, dass dort, wo man sein Häuschen gebaut hat, vorher auch grüne Wiese war?

Verstehen Sie mich bitte richtig: Grund und Boden sind knapp, endlich und nicht reproduzierbar. Wir müssen verantwortungsvoll damit umgehen und die Entwicklung gestaltend lenken. Wachstum kann auch nicht unendlich sein. In Grenzach-Wyhlen ist es allein schon aufgrund der Topographie limitiert, das Vogelschutzgebiet zwischen den Ortsteilen sowie die Wasserschutzgebiete tun ihr übriges. Gebiete von der Größe Kapellenbach-Ost kann es nicht alle paar Jahre geben. Dem Gemeinderat und auch mir ist dies bewusst. Daher entwickeln wir die Fläche behutsam und legen Wert auf städtebauliche Qualität.

Mit dem Büro Prof. Baldauf haben wir eines der landesweit renommiertesten Planungsbüros ausgewählt. Kapellenbach-Ost soll ein attraktives, sozial durchmischtes Quartier mit hoher

Aufenthaltsqualität werden. Dank eines innovativen Nahwärmenetzes zudem ein klimafreundliches und nachhaltiges Quartier mit vergünstigten Bauplätzen für Einheimische und Familie mit Kindern sowie einer Sozialquote. Dies kann die Gemeinde aber nur dort umsetzen, wo sie Eigentümerin der Fläche ist. Der weitgehende Erhalt der Baumsubstanz sowie attraktive Grünzüge sollen die Eingriffe in die Natur minimieren und eine hohe Lebensqualität sicherstellen. Architektur ist immer Geschmacksache und übrigens über das Bauplanungsrecht von Seiten der Gemeinde kaum steuerbar. Immer wieder werden bei aktuellen Bauprojekten die hohe Dichte und kleine Grundstücksgrößen beklagt. Aufgrund der hohen Preise von bis zu 600 Euro je Quadratmeter sind große Grundstücke aber nur für wenige finanzierbar. Kleine Reihenhäuschen oder Geschosswohnungsbau sind für breite Bevölkerungsschichten die einzige Möglichkeit, überhaupt noch Eigentum zu erwerben, das sollte sich jeder Kritiker vor Augen führen.

Gemeinde, Baugenossenschaft und die gemeindeeigene Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft haben sich im „Bündnis für Wohnen“ zusammengeschlossen. In einem innovativen Modellprojekt hat die Gemeinde der Baugenossenschaft in der südlichen Gartenstraße in Wyhlen ein Baugrundstück zum halben Bodenrichtwert verkauft. Im vergangenen Jahr erfolgte der Spatenstich. Insgesamt entstehen 60 Wohneinheiten, 30 davon zu Mieten von 6,50 Euro je Quadratmeter. Zum Vergleich: Aufgrund der hohen Baukosten und energetischen Anforderungen lässt sich sonst ein Neubau mit Mieten unter 9 Euro nicht mehr wirtschaftlich darstellen. Die gemeindeeigene Wohnbau reproduziert auf dem östlich angrenzenden Grundstück die Planung der Baugenossenschaft und baut 21 Wohneinheiten. Innerhalb der kommenden zwei Jahren werden in der Wyhlener Ortsmitte damit 81 preisreduzierte oder sozial geförderte Wohnungen entstehen, die dringend benötigt werden.

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte, in Zeiten sprudelnder Gewerbesteueraufkommen hat sich Grenzach-Wyhlen eine Infrastruktur aufgebaut, die eigentlich der einer deutlich größeren Kommune entspricht. Die Gebäude sind nun zunehmend sanierungsbedürftig. Mit dem weiteren Bevölkerungswachstum nimmt aufgrund der Steueranteile dauerhaft die Finanzierungsbasis zu, die zur Unterhaltung der bestehenden Infrastruktur herangezogen werden kann. Hier wirkt sich das Bevölkerungswachstum positiv aus. Zudem sichert die größere Bevölkerung dauerhaft unseren Schulstandort mit zwei Grundschulen, Realschule und Gymnasium und stärkt den Gewerbe- und Einkaufstandort. Natürlich, das möchte ich nicht verschweigen, bringt der Zuzug auch Folgekosten für neue Infrastruktur mit sich, gerade im Bildungs- und Betreuungsbereich. Dies muss man berücksichtigen, aber auch differenziert betrachten: Was sind die tatsächlichen Mehrkosten wegen neuer, zusätzlich erforderlicher Kindergarten-, Krippen- und Schulplätze? Und was sind Kosten, die sowieso angefallen wären, wie etwa die Sanierung der bestehenden Schulen, der Ausbau der Betreuungsangebote im Kleinkindalter aufgrund des bestehenden Rechtsanspruch oder der gestiegene Raumbedarf am Schulzentrum aufgrund höherer Schülerzahlen, ausgelöst durch den Wegfall der Werkrealschule?

Ein Aspekt ist mir besonders wichtig: Ein Dorf, das Anziehungspunkt für junge Menschen ist, die hier ihre Familie gründen, hat Zukunft. Ganz im Gegensatz zu Regionen mit entgegengesetzter Entwicklung. Um Beispiele hierfür zu finden, muss man nicht erst in die Uckermark reisen! Wichtig ist, die neuen Bürgerinnen und Bürger gut in das soziale Leben einzubinden, damit die Menschen hier Wurzeln schlagen und Grenzach-Wyhlen nicht nur ein Schlafvorort von Basel wird. Große Bedeutung haben hierfür unsere Vereinslandschaft, aber auch Feste und kulturelle Veranstaltungen. Gerade angesichts des weiteren Wachstums ist die Bewahrung der Identität unserer Gemeinde zentral. Hierzu gehören auch die geschichtlichen Wurzeln. Zukunft hat Herkunft! Oder, um es mit Anselm Grün zu ausdrücken: „Nur wer seine Wurzeln kennt, kann wachsen.“ Daher freut es mich, dass mit der Sanierung des Quellhüsli im Emilienspark sowie mit dem

Wiederaufbau der historischen Richter-Trotte am neuen Standort im Rosenpark zwei wichtige Zeugnisse unserer Vergangenheit gesichert und dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnten.

Eine große Herausforderung stellt angesichts der Situation am Wohnungsmarkt die Unterbringung der Flüchtlinge da, die im Rahmen der Anschlussunterbringung zugewiesen werden. Die Gemeinde ist rechtlich verpflichtet, ihnen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Um die Integration zu fördern, haben wir uns dafür entschieden, die Flüchtlinge dezentral im Gemeindegebiet unterzubringen. Aktuell haben wir 181 Flüchtlinge, 36 Familien und 22 Einzelpersonen, die in 43 angemieteten Wohnungen untergebracht sind. Für das neue Jahr erwarten wir bis zu 60 weitere Zuweisungen.

Hinter der Flüchtlingsunterbringung verbirgt sich enormer sozialer Sprengstoff. Es vergeht keine Woche, in der sich nicht deutsche Sozialfälle darüber beschweren, dass die Gemeinde Flüchtlingen Wohnungen zur Verfügung stellt, ihnen aber nicht. Der Verweis auf rechtliche Vorschriften ruft hier kein Verständnis hervor, daher versuchen wir, soweit möglich, auch für diese von der Wohnungsnot betroffenen Bevölkerungsgruppen Lösungen zu finden. Da Wohnraum im unteren Preissegment aber sehr rar ist, kommt es zu einer Konkurrenzsituation, die soziale Verwerfungen zur Folge hat. Einziger Ausweg ist auch hier wieder nur die Schaffung von Wohnraum. Ab September 2018 wurde die Gemeinschaftsunterkunft in der Kraftwerkstraße, für die die Gemeinde das Grundstück zur Verfügung gestellt hatte, vom Landkreis zurückgebaut. Die Gemeinde hat damit ihr Versprechen an die Bewohner der Kraftwerkstraße gehalten, das im Sommer 2015 bei der Suche nach geeigneten Standorten für die Flüchtlingsunterkunft gegeben wurde. Wir hatten damals zugesagt, dass die Container bis Ende 2018 wieder abgebaut sein würden. Für das Vertrauen der Menschen in die Politik ist dies sehr wichtig.

Bedeutendes Zukunftsthema und wichtiger Standortfaktor ist der Breitbandausbau, der im vergangenen Jahr gute Fortschritte gemacht hat. Grenzach-Wyhlen ist Mitglied im Zweckverband Breitbandversorgung, in dem sich alle Städte und Gemeinden des Landkreises zusammengeschlossen haben mit dem Ziel, ein flächendeckendes kommunales Glasfasernetz aufzubauen und damit gegen das herrschende Marktversagen anzugehen. Schnelles Internet gehört zur Daseinsvorsorge wie der Wasser- oder Stromanschluss! Deutschland hinkt beim Breitbandausbau im internationalen Vergleich deutlich hinterher – mit drastischen Folgen. Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Als Wirtschaftsnation brauchen wir sehr wohl 5G, den neuen Mobilfunkstandard, an jeder Milchkanne und ein Glasfasernetz bis an jedes Haus. Als Gemeinde warten wir zudem darauf, dass Bund und Land endlich die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der Verwaltung schaffen. Länder wie Estland machen uns vor, wie E-Government funktionieren kann unter hohem Datenschutz. In Deutschland spielen wir hier derzeit noch Kreisliga! Mit dem Ruhrberg, dem Gewerbegebiet Fallberg, dem Neufeld und der Siedlung werden die mit Abstand am schlechtesten versorgten Bereiche von Grenzach-Wyhlen als erste mit schnellem Internetzugang versorgt. Die Tiefbauarbeiten sind bereits weitgehend erfolgt, derzeit fehlen noch das Einziehen der Glasfaserleitungen sowie die Inbetriebnahme des Back-Bone-Netzes, der überregionalen Datenautobahn. Wir hoffen, dass dies im ersten Quartal 2019 erfolgt. Flaschenhals sind die ausführenden Firmen, die keinerlei freie Kapazitäten mehr haben. Kein Verständnis habe ich dafür, dass die Telekom, die noch immer zu mehr als 30 Prozent in Bundeseigentum ist, nun plötzlich ausgerechnet in den Bereichen den Breitbandausbau forciert, in dem der Zweckverband, gefördert mit Millionen Fördermitteln des Landes, das kommunale Netz aufgebaut hat. Bund und Land fördern hier auf Steuerzahlerkosten gegeneinander!

Nicht nachvollziehbar und absolut inakzeptabel, um es deutlich zu sagen, sind die Verzögerungen beim Bau der Umgehungsstraße B34. Nach Jahrzehnten des Planens und der rechtskräftigen Planfeststellung im Jahr 2007 kam im Sommer 2015 endlich die Finanzierungszusage des Bundes. Zwei Jahre später, im August 2017, fand der Spatenstich statt. Passiert ist seither leider recht wenig, von einem Brückenbauwerk in der Südstraße abgesehen.

Das nächste Bauwerk, der Kreisel Gmeiniweg, war erst für Sommer, dann Herbst 2018 und nun für Mai 2019 angekündigt. Wegen dieser unbefriedigende Situation hatte ich mich beim Regierungspräsidium Freiburg, das für den Bau verantwortlich ist, über den schleppenden Baufortschritt beschwert und unsere Abgeordneten des Bundes- und Landtags um Unterstützung gebeten. Die Reaktion war, dass man der Gemeinde den schwarzen Peter für die Verzögerung zuschieben wollte! Die Gemeinde habe ihre Planentscheidung bezüglich weiterer Durchleitungen für den Hochwasserschutz im Bereich Naturschutzgebiet Altrhein sowie die Entscheidung über die zusätzliche Unterführung in der Rheinstraße noch nicht getroffen. Einmal abgesehen davon, dass die genannten Punkte in keinem Zusammenhang mit den anstehenden Bauwerken stehen, war der Zeitplan für unsere Maßnahmen nachweislich stets mit dem RP Freiburg abgestimmt, so dass es dadurch definitiv zu keinen Verzögerungen des Gesamtprojektes gekommen ist! In einem Gespräch Ende Oktober mit Regierungspräsidentin Schäfer wurde mir dann mitgeteilt, dass sich die Fertigstellung des Bauabschnitts Wyhlen bis 2024 verzögern wird. Als Gründe wurden die begrenzten personellen Ressourcen, der vorgefundene Baugrund sowie Schwierigkeiten bei der Entwässerungen angeführt. Eigentlich war die Fertigstellung der Straße für das Jahr 2021 vorgesehen! Für die Menschen entlang der heutigen Trasse der B34, die seit Jahrzehnten auf eine Entlastung warten, ist die weitere Verzögerung nicht zumutbar! So wird Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik zerstört. Das RP Freiburg hat angeboten, den Bauabschnitt Wyhlen in zwei Abschnitte aufzuteilen und den ersten davon zwischen Gmeiniweg und Am Wasserkraftwerk vorzeitig 2022 unter Verkehr zu setzen.

Diesem Vorschlag hat der Gemeinderat einstimmig bei einer Enthaltung eine klare Absage erteilt – aus verschiedenen, sachlich begründeten Argumenten. Wir fordern die zügige Realisierung des Bauabschnitts Wyhlen und zwar schneller als bis zum Jahr 2024 und danach den sofortigen Weiterbau des Abschnitts Grenzach! Das Land hat hierzu die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dafür setzen wir uns mit allen Kräften im neuen Jahr 2019 ein!

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Bau der Umgehungsstraße und bei der Ausarbeitung des integrierten Verkehrskonzeptes war eine zusätzliche Unterführung für Fußgänger und Radfahrer im Bereich Rheinstraße ein zentraler Wunsch vieler Bürger. Andernfalls hätte es auf einer Strecke von 1,2 Kilometern keine Querungsmöglichkeit mehr gegeben und keinen direkten Zugang von der Wyhlener Ortsmitte in Richtung Rhein. Der Gemeinderat stimmte im Oktober mit großer Mehrheit für den Bau. Die Kosten belaufen sich auf rund 800.000 Euro und sind von der Gemeinde zu tragen. Hätte man während der Planfeststellung auf die Unterführung bestanden, wäre Sie vom Bund zu bezahlen gewesen. Diese Maßnahme ist eine Investition in Lebensqualität und funktionale Wegebeziehungen. Auch angesichts der langfristigen Siedlungsentwicklung ist sie zukunftsweisend. Mit dem Gemeinderatsvotum wurde auch dem zentralen Ergebnis des Beteiligungsprozesses Rechnung getragen. Dies zeigt, dass Bürgerbeteiligung in unserer Gemeinde kein Lippenbekenntnis ist, sondern hohen Stellenwert besitzt. Das integrierte Mobilitäts- und Verkehrskonzept konnte im April 2018 erfolgreich fertiggestellt werden. Über den Stand der Umsetzung wird es einen jährlichen Fortschrittsbericht geben.

In Grenzach-Wyhlen sollen sich alle Generationen wohl fühlen. Dazu passt, dass das neue Jugendparlament im Herbst 2018 seine Arbeit aufnahm und der jungen Generation eine Stimme in der Kommunalpolitik gibt. Zudem haben wir eine hauptamtliche Seniorenbeauftragte. Im neuen

Jahr soll ein Seniorenbeirat ins Leben gerufen werden. Aufgrund des demografischen Wandels kommt der Seniorenarbeit ein immer größerer Stellenwert zu. Hierfür möchten wir ein umfassendes Konzept erarbeiten unter enger Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Daher läuft gerade eine große Umfrage unter allen über 60-Jährigen. Als beispielhaftes neues Angebot möchte ich die in Kooperation zwischen Gemeinde und AWO-Ortsverband durchgeführten Einkaufsfahrten für Seniorinnen und Seniorinnen, die in ihrer eigenständigen Mobilität eingeschränkt sind, nennen.

Im vergangenen Jahr konnten drei wichtige Straßenbauprojekte abgeschlossen werden. Zum einen nach zweijähriger Bauzeit die Querspange Kirchstraße in Wyhlen. Im Rahmen einer Eisenbahnkreuzungsmaßnahme wurde in der Rheinstraße der oberirdische Bahnübergang beseitigt und die Verbindung zwischen Eisenbahn- und Rheinstraße geschaffen. Dadurch wurde auch der Bahnhofsbereich komplett neu gestaltet und mit Stromtankstelle, Parkplätzen und Fahrradboxen zu einer Mobilitätsplattform erweitert. Im neuen Jahr werden wir das Bahnhofsgebäude sanieren und die öffentliche Toilette barrierefrei gestalten. Die Querspange Kirchstraße sowie die bereits genannten angrenzenden Bauprojekte bilden den ersten Baustein für die "Neue Mitte Wyhlen". Die Realisierung der Gewerbeverbindungsstraße zwischen den Gebieten Fallberg und Solvay verbessert die Verkehrsanbindung und bringt Entlastung vom LKW-Durchgangsverkehr.

Um den Zuschuss von 80 Prozent aus GVFG-Mitteln zu erhalten, musste die Straße gemäß der geltenden Richtlinien gebaut werden, was angesichts der Dimensionierung zu Diskussionen führte. Nachdem die Eisenbahnunterführung im Hornboden viele Jahre wie ein trauriger Solitär dastand, wurde im vergangenen Jahr die B34 vom Regierungspräsidium südlich der Bahngleise verlegt, an die Unterführung angebunden und der oberirdische Bahnübergang Hörnle beseitigt. Gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern und dem BUND haben wir es geschafft, das RP dazu bewegen, entlang der Bundesstraße einen Wall aufzuschütten, der in der Salzlände das Rheinufer von der B34 abschirmt. Im Frühjahr werden im gesamten Bereich umfangreiche Pflanzaktionen erfolgen, um die derzeit trist wirkenden Flächen aufwerten.

Für das Stuckert-Bauprojekt im Hornacker erfolgte im November 2017 der Spatenstich, das neue Quartier entsteht seither in Rekordzeit und wird im laufenden Jahr abgeschlossen sein. Etwas weiter südlich, bei dem TOKA-Projekt, gab es leider keinen Fortschritt. Laut der Verträge hätte der Investor eigentlich bis Ende November mit dem Bau der Wohnungen sowie des Hotels beginnen müssen. TOKA hat uns darüber informiert, über einen Verkauf des Gesamtprojektes an einen großen Investor nachzudenken. Diesem müssten wir als Gemeinde zustimmen. Ich bin gespannt auf die Entscheidung der TOKA, die zeitnah fallen muss und hoffe, dass eine jahrelange Brache an diesem exponierten Standort vermieden werden kann. 2015 hatte der Bund noch die Strategie verfolgt, seine Grundstücke, wie das am Hörnle, ausschließlich meistbietend zu verkaufen. Mittlerweile räumt man den Kommunen ein Vorkaufsrecht ein und möchte auch den sozialen Wohnungsbau fördern. Für uns hier in Grenzach-Wyhlen kam dieser Richtungswechsel zu spät.

Die Sicherung der hausärztlichen Versorgung für unsere Bevölkerung ist eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe der Daseinsfürsorge. Das Problem des Hausärztemangels besteht nicht mehr nur im ländlichen Raum, sondern auch in größeren Kommunen. Mittlerweile betreiben die ersten Gemeinden sogar eigene Arztpraxen oder stellen komplett ausgestattete Praxen mietfrei zur Verfügung. Von einst 13 Allgemeinmedizinern in Grenzach-Wyhlen sind noch sechs übrig, in naher Zukunft werden es noch vier sein. In einem runden Tisch mit unseren Hausärzten haben wir über Lösungsmöglichkeiten beraten und ein Konzept entwickelt. Dieses sieht vor, in Wyhlen ein zentrales Ärztehaus am verkehrsgünstig gelegenen Standort in der südlichen Gartenstraße zu bauen. Durch den Zusammenschluss entsteht eine moderne Praxis mit der Möglichkeit weiterer Ansiedlungen. Die Gemeinde fördert dieses innovative Projekt mit einem Mietzuschuss.

Gute Fortschritte machte im vergangenen Jahr die Entwicklung der neuen Ortsmitten Grenzach und Wyhlen. In Grenzach wurde der städtebauliche Rahmenplan fertiggestellt und im Gemeinderat beschlossen. Im neuen Jahr soll die Neue Mitte Grenzach nun weiter Fahrt aufnehmen, der "Stadthain" ist eines der zentralen Entwicklungsprojekte. Wir werden das bereits eingeleitete Bebauungsplanverfahren voranbringen sowie das Vergabeverfahren für die Investorensuche durchführen. Entsprechende Mittel stehen im Haushalt 2019 zur Verfügung. Über die Fortschritte im südlichen Bereich der Neuen Ortsmitte Wyhlen habe ich bereits berichtet, im nördlichen Teil der Teil der Gartenstraße haben wir für das von der Gemeinde erworbene Schlüsselgrundstück städtebauliche Varianten ausarbeiten lassen.

Diese werden im Frühjahr öffentlich präsentiert. Anknüpfend an den Bürgerbeteiligungsprozess wird es eine Planungswerkstatt geben. Deren Vorschläge sollen in den finalen städtebaulichen Entwurf einfließen, der Grundlage für die Bebauung der Fläche werden wird. Wir haben mit den neuen Ortsmitten die Jahrhundertchance, für beide Ortsteile attraktive Zentren mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen und wichtige Impulse für die Sicherung und Stärkung des örtlichen Einzelhandels zu setzen!

Im neuen Jahr möchten wir einen besonderen Fokus auf gezielte Verschönerungen unserer Gemeinde legen, etwa durch zusätzliche Pflanzkübel und Blumenschmuck. Die Neupflanzung der Wyhlener Dorflinde mit umgebenden Sitzmöglichkeiten ist hierfür ein schönes Beispiel. Ich hoffe hierfür auf viele gute Ideen aus der Bürgerschaft. Angesichts der angespannten Haushaltssituation setzen wir auf bürgerschaftliches Engagement bei der Umsetzung, etwa in Form von Pflegepatenschaften.

Um die Gewerbesteuererinnahmen von aktuell 9,3 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen und die Abhängigkeit von den fünf größten Zahlern zu verringern, die zusammen 70 Prozent des Aufkommens generieren, bedarf es der Ansiedlung weiterer Betriebe. Die Gemeinde hat derzeit keine eigenen Gewerbe- und Industrieflächen, die vermarktet werden könnten. Daher gehen wir mit unserer neuen Wirtschaftsförderung die Entwicklung des neuen Gewerbegebiets Fallberg-Nord an. 2019 beginnt das Bebauungsplan- und Umlenungsverfahren. Daneben bildet die Konversion des 33 Hektar großen BASF-Areals die zweite Säule der Entwicklungsstrategie. Zur Steuerung der zukünftigen Nutzung der Fläche hat die Gemeinde den Bebauungsplan Rheinvorland-West aufgestellt.

Damit wurde auch erreicht, dass BASF von der umstrittenen Zimmermann-Ansiedlung Abstand nahm. Das Unternehmen hat gegen den Bebauungsplan ein Normenkontrollverfahren vor dem VGH Mannheim angestrengt. Dieses Verfahren ruht mit der Maßgabe, dass sich BASF und Gemeinde im Rahmen einer Verhandlungslösung einigen. Wir werden im Frühjahr 2019 den Entwurf für die Bebauungsplanänderung öffentlich vorstellen. Ich bin zuversichtlich, dass eine tragfähige Lösung gelingt, die die Zimmermann-Diskussion endlich hinter uns lässt und eine gemeinsame Entwicklung der Fläche ermöglicht. An dieser Stelle möchte ich aber auch daran erinnern, dass BASF Eigentümerin des Geländes ist und daher die Entwicklung im Einvernehmen erfolgen muss. Grenzach-Wyhlen ist im dritten Jahrhundert nicht nur Wohnort- sondern auch Industriegemeinde. Wir sind stolz, Standort von Weltkonzernen wie Roche, DSM, GP und BASF zu sein. Die umfangreichen Investitionen, als Beispiel möchte ich die 50 Millionen Euro anführen, die Roche für das neue Flexible Office Building tätigt, sind wichtige Bekenntnisse für den Standort Grenzach-Wyhlen.

Während die Sanierung von Perimeter 1 und 3 der Kesslergrube durch die Roche sehr gute Fortschritte macht, ist es ruhig in Sachen Verwaltungsgerichtsverfahren Kesslergrube. Hier setzt sich die Gemeinde Grenzach-Wyhlen, zusammen mit Muttenz, Riehen, dem BUND, der

Baugenossenschaft und der BI Zukunftsforum dafür ein, dass auch im Perimeter 2 ein Totalaushub erfolgt und nicht nur eine Verkapselung der Altlast im Boden. Wir erwarten für das erste Halbjahr 2019 die mündliche Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Freiburg und werden weiter für den Totalaushub als einzige nachhaltige und generationengerechte Sanierungsform kämpfen.

Im Frühjahr 2015 hat die Verwaltung einen Masterplan zur Schaffung fehlender Kindergarten- und Krippenplätze vorgelegt. Hier sind wir auf einem sehr guten Weg. Im Januar wird die Erweiterung des Kinderhauses Wyhlens im Zeit- und Kostenplan fertiggestellt werden können. Hier entstehen zwei zusätzliche Krippen- sowie eine Kindergartengruppe. Für Mai ist die Fertigstellung des Neubaus des Kindergarten Löwenzahns vorgesehen, der insgesamt vier Kindergarten- und zwei Krippengruppen bieten wird. In beide Projekte hat die Gemeinde in Summe rund 6,1 Mio. Euro investiert. Davon werden durch Bund und Land nicht einmal zehn Prozent gefördert. Im vergangenen Jahr wurde zudem gemeinsam mit dem Verein Spielwiese der Waldkindergarten mit 20 Plätzen realisiert. Zusammen mit dem im Herbst 2015 eröffneten Kindergarten Hebelschule haben wir in den vergangenen vier Jahren knapp 10 Millionen Euro in den Ausbau der Kindergarten- und Krippen und damit in frühkindliche Bildung investiert. Dadurch konnten wir die Zahl der Krippengruppen in gemeindeeigenen Kindergärten von eine auf sechs Gruppen erhöhen und tragen so dem Rechtsanspruch sowie der hohen Nachfrage junger Familien nach Betreuungsplätzen Rechnung. Zudem wurden fünf neue Kindergartengruppen geschaffen. Dies stellt eine enorme Kraftanstrengung dar! Hinzu kommt die von Roche finanzierte Erweiterung des Betriebskindergartens "Ideenreich", von dessen zusätzlichen Plätzen auch wir profitieren. Kinderbetreuungsangebote, das möchte ich betonen, sind ein wichtiger Standortfaktor für unsere Gemeinde. Als nächsten Schritt des Masterplans entsteht nun in der neuen Mitte einen weiterer fünfgruppiger Kindergarten. Hierzu wird der Pavillon II der Bärenfelsschule saniert und erweitert. In den Haushalt 2019 sind entsprechende Planungsmittel eingestellt, ab 2020 soll gebaut werden.

Neben den Ausgaben in frühkindliche Bildung bilden Investitionen in unsere Schulen einen weiteren Schwerpunkt. In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist Bildung die wichtigste Zukunftsressource zur Sicherung unseres Wohlstands. Nachdem im Schuljahr 2017/18 bereits die Ganztagesgrundschule in Wahlform an der Bärenfelsschule gestartet war, folgte nun zum neuen Schuljahr die Lindenschule. Hierfür wurden im vergangenen Jahr verschiedene bauliche Maßnahmen durchgeführt, wie etwa der Umbau der Aula zur Mensa. 2019 stehen weitere Sanierungs- und Brandschutzarbeiten an. Insgesamt werden wir in die Lindenschule in beiden Jahren rund eine dreiviertel Million Euro investieren, weitere Maßnahmen werden folgen. Am Schulzentrum hat die Gemeinde mit den Planungen für die Sanierung der naturwissenschaftlichen Fachräume, die auf dem Stand von vor 40 Jahren sind, für die Erweiterung der Lehrerarbeitsreie nach heutigen Standards und für die Schaffung von zehn weiteren Klassenzimmern begonnen. Daneben gilt es, das Bestandsgebäudes zu sanieren, die Barrierefreiheit mit einem Lift sicherzustellen und erforderliche Brandschutzmaßnahmen umzusetzen. Eine erste Kostenschätzung geht von Gesamtkosten für Sanierung und Erweiterung von rund 8 Millionen Euro hat, abzüglich der beantragten Zuschüsse des Landes. Dieses Projekt stellt einen Kraftakt für die Gemeinde dar und wird in mehreren Bauabschnitten schrittweise zu realisieren sein.

Es ist aber zentral für die Sicherung des Schulstandorts Grenzach-Wyhlen und gut angelegtes Geld in die Zukunft unserer Kinder! Im laufenden Jahr werden die Planungen weiter vorangetrieben.

In drei Abschnitten, der letzte beauftragt Ende 2018, wurden alle Klassenzimmer von Realschule und Gymnasium mit moderner Multimediaausstattung versehen. Hier gehört Grenzach-Wyhlen zur Spitzengruppe, worauf wir stolz sind! Nach der Bärenfelsschule wurde im Sommer 2016 am Schulzentrum Schulsozialarbeit eingeführt. Im neuen Jahr werden wir in Kooperation mit der

Kaltenbach-Stiftung dieses Angebot auch auf die Lindenschule ausweiten und tragen so den veränderten gesellschaftlichen Realitäten Rechnung.

Neben den Bildungsinvestitionen liegt ein wichtiger Schwerpunkt auf dem Erhalt der bereits vorhandenen, sehr guten Infrastruktur unserer Gemeinde. Für 1,4 Millionen Euro sanieren wir im vergangenen und neuen Jahr die Hochrheinhalle. Der erste Bauabschnitt konnte bis September 2018 umgesetzt werden, der zweite mit der notwendigen Dachsanierung folgt in diesem Jahr. Die Strategie, sich auf einzelne Gebäude zu konzentrieren und diese umfassend zu sanieren, hat sich bewährt.

Bei der Aufarbeitung der finanziellen Altlasten wurden im vergangenen Jahr wichtige Etappenziele erreicht. Wir konnten die Eröffnungsbilanz rückwirkend zum 1.1.2013 fertigstellen, die eine komplette Bewertung des Vermögens der Gemeinde beinhaltet. Die Bilanzsumme der Gemeinde beläuft sich auf 88,4 Millionen Euro. Darauf aufbauend werden nun die fehlenden Jahresabschlüsse ab 2013 schrittweise erstellt.

Für das Team der Finanzverwaltung bedeutet die Aufarbeitung der geerbten Altlasten eine enorme zusätzliche Belastung, da neben dem laufenden Tagesgeschäft zu bewältigen sind. Im Steuerbereich lag ebenfalls einiges im Argen, teilweise wurde die Gemeinde bis 2014 vom Finanzamt geschätzt, da keine Steuererklärungen abgegeben wurden. Auch bei der Aufarbeitung dieser Problematik schreiten wir gut voran. Das Damoklesschwert des Gewerbesteuerückzahlungsrisikos schwebt weiterhin über uns. Zur Erinnerung 2012 und 2017 gab es aufgrund einer Betriebsprüfung Gewerbesteuer nachzahlungen von 10 Mio. Euro bzw. 7,3 Mio. Euro. Diese Zahlungen musste die Gemeinde annehmen, erfolgten aber unter Vorbehalt, da sie Teil von sogenannten Verständigungsverfahren zwischen Deutschland, der Schweiz und der USA sind. Die Gemeinde selbst ist nicht Partei dieser Verfahren, deren Dauer und Ausgang nicht abgeschätzt werden können. Im schlimmsten Fall muss die Gemeinde die gesamte Summe oder Teile davon zurückbezahlen - verzinst mit 6 Prozent pro Jahr. Angesichts der Niedrigzinsphase ist das ein absurd hoher Wert, der aber im Gesetz verankert ist. Das gesamte Gewerbesteuerückzahlungsrisiko für die Gemeinde hat sich dadurch bis Ende 2018 auf rund 25 Mio. Euro erhöht. Der Gemeinderat beschloss, analog zur Stadt Mannheim, die ebenfalls von dem Fall betroffen ist, eine Rückstellungsbildung in der Bilanz von 50 Prozent, um das Risiko abzubilden. Wann und wie die Verfahren enden werden, kann heute niemand abschätzen. Mit entsprechenden Initiativen auf verschiedenen politischen Ebenen haben wir auf die Problematik aufmerksam gemacht und um Unterstützung gebeten - mit teilweise ernüchternden Rückmeldungen.

Wenn etwa Landesfinanzministerin Edith Sitzmann als Antwort auf ein Schreiben des SPD-Finanzpolitikers Lothar Bindung mitteilt, sie würde keinen Handlungsbedarf des Landes sehen, da die Gemeinde im Rückzahlungsfall den Betrag zeitversetzt aus dem kommunalen Finanzausgleich wieder erstattet bekäme, kann man nur mit dem Kopf schütteln, da dies (leider) schlicht und ergreifend nicht zutrifft. Auch suchen wir den Schulterschluss mit den anderen Standortgemeinden, die vom Rückzahlungsrisiko betroffen sind. Es kann nicht sein, dass Kommunen unverschuldet ohne Möglichkeit, etwas dagegen zu tun, in finanzielle Not geraten, hier muss die Landes- und Bundespolitik unterstützen. Dafür werden wir kämpfen!

Der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung trägt Früchte, muss aber konsequent weitergegangen werden, um das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts zu erreichen. Als ich vor vier Jahren als Bürgermeister begonnen habe, hatte die Gemeinde ein strukturelles Defizit von rund 2,5 Millionen Euro pro Jahr und lebte damit von der Substanz. Seither haben wir zahlreiche Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung durchgeführt, die zwar teilweise unpopulär, aber dringend geboten waren, zumal viele Beiträge und Gebühren seit vielen Jahren, teilweise auch Jahrzehnten

nicht angepasst worden waren. Diese Erhöhungen waren übrigens in der Vergangenheit von den Aufsichtsbehörden mehrfach gefordert, aber leider nicht umgesetzt worden. Im Frühjahr 2019 wird die noch ausstehende Anpassung der Friedhofsgebühren, zum letzten Mal Mitte der 1980er Jahre erhöht, sowie der Verwaltungsgebühren erfolgen. Des Weiteren prüft die Verwaltung die Einführung einer Wettbürosteuer. Neben der Einnahmeseite liegt der Fokus auch auf der Ausgabenseite.

Seit Frühjahr 2018 tagt regelmäßig eine Haushaltsstrukturkommission mit dem Ziel, Ausgaben und freiwillige Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Eine neu geschaffene zentrale Beschaffungs- und Vergabestelle konnte zudem bereits einige Einsparungen und Synergien erzielen.

Für den Haushalt 2019 werden wir aufgrund der Gewerbesteuernachzahlungen 2017 und der damit einhergehenden hohen Steuerkraft zwei Millionen Euro weniger Schlüsselzuweisungen vom Land bekommen. Hinzu kommt eine deutliche Personalkostensteigerung aufgrund der 15 neuen Erzieherstellen im neuen Kindergarten Löwenzahn und im erweiterten Kinderhaus. Aufgrund umfangreicher Einsparungen in allen Bereichen und der verbesserten Einnahmebasis weist der Haushalt 2019 nach Abschreibungen trotzdem einen Überschuss im Ergebnishaushalt vor. Der Fokus im Jahr 2019 liegt auf der Fertigstellung begonnener Projekte und Baumaßnahmen und ist aufgrund der verringerten Schlüsselzuweisungen ein Sparhaushalt, der sich auf das Notwendige beschränkt. Den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung müssen wir angesichts der anstehenden Investitionen und erforderlichen Sanierungsmaßnahmen konsequent weitergehen.

So wichtig die zahlreichen Zukunftsprojekte und die finanziellen Rahmenbedingungen sind, stehen im Mittelpunkt unseres Gemeinwesens aber die Menschen. Viele von ihnen engagieren sich ehrenamtlich in den über 70 Vereinen oder in sonstigen Initiativen und bereichern damit unser Zusammenleben. Dafür möchte ich an dieser Stelle herzlich danken. Ich bin stolz auf unsere vielfältige Vereinslandschaft, die wir als Gemeinde nach Kräften fördern.

Mit dem Neubürgerempfang und der damit verbundenen Ehrung von Sportlern und Ehrenamtlichen, die wir im vergangenen Jahr erstmals durchgeführt haben, haben wir die Vereine und das Ehrenamt in den Fokus gerückt. Danken möchte ich unserer Freiwilligen Feuerwehr, die sich im vergangenen Jahr in über 100 Einsätzen bewährt hat. Wir sind stolz über unsere schlagkräftige, gut ausgestattete und ausgebildete Truppe. Die zahlreichen Projekte, Aufgaben und komplexen Themen unserer Gemeinde könnten nicht erfolgreich bewältigt werden ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung. Ihnen möchte ich an dieser Stelle herzlich Danke sagen für ihre engagierte Arbeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger. Die Verwaltung sieht sich als moderne Dienstleisterin. Mit der im vergangenen Jahr eingeführten Bürgermeistersprechstunde sowie dem Online-Schadensmelder, der eine effiziente Bearbeitung von Schadensfällen und Verunreinigungen ermöglicht, konnten wir den Service noch einmal ausbauen.

Besonderen Dank möchte ich den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten aussprechen, die sich ehrenamtlich für das Wohl von Grenzach-Wyhlen engagieren. Ich schätze sehr das gute Miteinander im Gremium und die konstruktive, fraktionsübergreifende Zusammenarbeit. Am 26. Mai sind Kommunalwahlen und die Amtszeit des alten Gemeinderats endet. Ich möchte alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ermutigen, auf den Listen zu kandidieren. Nur wer sich aktiv einbringt, kann etwas verändern!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir bitte eine abschließende persönliche Bemerkung. Am 1. Dezember hatte ich Halbzeit meiner achtjährigen Amtszeit als Bürgermeister. Mir macht die Arbeit noch immer große Freude.

Ich habe es noch keinen Tag bereut, diesen Schritt gegangen zu sein, auch wenn bisweilen schwierige Themen zu bewältigen sind. Im Februar vergangenen Jahres kam unser Sohn Casper als zweites Kind zur Welt - auf diese Weise tragen auch wir zum eingangs angesprochenen Wachstum unserer Gemeinde bei. Meine Frau und ich fühlen uns in Grenzach-Wyhlen sehr wohl!

Ich freue mich auf ein spannendes Jahr 2019! Lassen Sie uns gemeinsam die zahlreichen Themen und Herausforderungen angehen, umsetzen und bewältigen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!